

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
12 (1898)**

38 (15.2.1898)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249657](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-249657)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (incl. Postgebühren) 70 Hg., bei Schlusszahlung 60 Hg.; durch die Post bezogen (Postgebühren Nr. 3383) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., monatlich 70 Hg., erst. Belegzahl.

Redaktion und Expedition:
Hant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Nr. 58.

Inserate werden die fünfgepaltene Corpusspaltel oder deren Raum mit 10 Hg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Bekondere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 38.

Bant, Dienstag den 15. Februar 1898.

12. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 11. Februar.

Am Bundesratssitzung: v. Bülow.
Ein scheinbarer Antrag des Reichs an Einleitung eines gegen den Abg. v. Cass. Jamaroff in Schweden lebenden Strafverbrechens wird definitiv angenommen. Darauf wird die Spezialberatung des Etats des Kaiserlichen Amtes fortgesetzt beim Kapitel: „Gesamtschulden an Konsulate“.

Bei der Gesamtschuld in Vissaden dassi Abg. Dr. Hoffe (Natl.), daß auch die deutschen Ständer Vertretung einen ähnlichen Antrag stellen würden. Es folgt der Titel: „Beihilfe in Paris“.
Abg. Richter (Hög.): Einige französische Blätter haben es dargestellt, als wenn der Herr Staatssekretär eine Erklärung über den Fall Tresselt in der Budgetkommission aus eigener Initiative abgegeben hat. Ich konstatiere dagegen, daß es sich um eine direkte Anfrage von mir gehandelt hat. Ich konnte ich schon voraussehen, daß die Antwort des Herrn Staatssekretärs zu erfolgen würde; mir lag aber daran, öffentlich und ausdrücklich eine verantwortliche Stelle der beiden Erklärung zu erlangen. Nachdem der Staatssekretär erklärt hat, daß kein Beamter des deutschen Reichs jemals mit dem Kapitän Tresselt in Verbindung getreten hat, erbringt es sich nachmals auf die Sache einzuwirken. Hierbei ist der Sachverhalt kann niemand mehr in Zweifel sein, der noch einigermaßen vernünftig ist. (Beifall und Beistimmung.)

Der Titel wird bemittelt.
Abg. Jochen (Natl.) beantragt eine Vermehrung der Beurlaubten in französischer Gebieten.
Direktor im Kaiserlichen Amt Reichardt befreit das Beurlaubte.
Bei dem Titel „Wohlfahrt in Petersburg“ befreit sich Abg. Jochen über die dem russisch-orthodoxen Handelsverträge zuzuführende Behandlung deutscher Schiffe in Rußland und befreit Agrarier zu sein.

Abg. Richter: In der „Recht“ ist nicht beabsichtigt worden, Herr Jochen ist ein Agrarier, sondern er, er habe für die im Interesse der Agrarier liegende Janderbeurteilung.
Bei der Beihilfe in Washington bringt Abg. Dr. Barth (Hög.) die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Vereinigten Staaten zur Sprache. Man solle die Dinge in Amerika nüchtern und kühl verfolgen. Seitdem die unter dem Wilson-Zarri erfolgte Verletzung der Zolle durch den Dingley-Zarri aufgehoben worden sei, solle für Deutschland auch der gleiche Grund für Verletzung sein. Auch sei gerade unter dem Dingley-Zarri der Import nach den Vereinigten Staaten auf die höchste Höhe gekommen. Die Agrarier hätten also kein Recht, scharfe Maßnahmen gegen Amerika zu verlangen. In der Schlußausrede seien die Redierenden wohl etwas überflüssig vorgegangen. Man hätte schon zu bestimmten Reich gehört, es kann die abschließende Erklärung im „Recht“ erfolgt sei. Die Schlußausrede ist aber nicht so bedeutend, wie sie dargestellt werde. Er beglückwünsche die Regierung, daß sie dem Trögen der Agrarier gegenüber in dieser Sache einen Schritt habe.
Abg. Richter: Der Herr Richter ist nicht etwa ausschließlich auf die getamte deutsche Handelspolitik einzuwirken, das würde zu weit führen.
Abg. Dr. Hessl zu Bernsheim (Natl.): Wir

haben volles Vertrauen zu der Handelspolitik des Reichstages, da sie auf die Interessen der Landwirtschaft Rücksicht nimmt. Gegenüber Herrn Barth bemerke ich, daß nur der deutsche Jander nicht aber der französische mit Zollfreiheit bedacht wurde. Aus diesem Grunde waren Repressalien wohl berechtigt. Vollständig können wir künftig die Regierung in anderem Sinne beglückwünschen, als der Herr Abg. Barth es getan hat.
Staatssekretär des Innern Graf v. Polakowski: Herr Barth hätte in der Schlußausrede die Gründe der Regierung abwarten müssen. Durch sein Vorgehen fördere er gerade die Interessen Amerika. In der Budgetkommission sei einstimmig das Vorgehen des Reichstages als das einzig richtige anerkannt worden. Nachdem wir auf die Schädlichkeit der Schlußausrede aufmerksam gemacht waren, haben wir die Maßnahmen aus Amerika unterlassen lassen und es ist in verschiedenen Verhandlungen gefürchtete Inseln gefunden worden. Amerikanische Handelsverträge haben die Gefahrlichkeit besonders der handelspolitischen Schulden anerkannt und Amerika sperre sich nicht gegen handelspolitische Schluß. Die Regierung hat also nur ihre Schuldigkeit getan, wir müssen uns schämen. (Beifall.) Hierbei die Form unserer künftigen Handelsverträge zu streiten ist nur ein akademisches Verlangen. Die handelspolitischen Beziehungen zu anderen Staaten müssen mit Zurückhaltung erörtert werden. Es ist ein Jochtrag gesprochen worden. Ich meine aber die größte Kunst besteht gerade darin, in schwierigen Verhandlungen den Frieden so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Ich bitte dringend, der Regierung die Einlassung darüber zu überlassen, ob ein Jochtrag nötig ist oder nicht.

Abg. Graf Kanitz (Konst.) bemerkt dem Abg. Barth gegenüber, daß unter Erportunterschied durch den Dingley-Zarri außerordentlich gefährlich und um mehr als die Hälfte zurückgegangen sei. Wir wünschen keinen Jochtrag, nur ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Staaten gegen die amerikanischen Zollschranken. Es handelt sich hier um die gemeinsamen Interessen von Industrie und Landwirtschaft. Ich danke nochmals dem Herrn Staatssekretär für seine Erklärung.
Abg. Richter: Der Polakowski hat diese Erörterungen abschneidend gemacht. Auch über die Erklärung des Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhaus, die Schlußausrede sollte erörtert werden, und die Schlußausrede des Landwirtschaftsministers, zu denen Herr Polakowski gesprochen hat, provoziert. Das Vorgehen Amerika ist lediglich ein Rückschlag gegen die Bismarck'sche Politik (Schlußausrede nicht). Herr Kanitz ist, was ich ebenfalls vom Standpunkte der deutschen Landwirtschaft nicht für Repressalien. Die Erörterungen des Grafen Kanitz über den Jochvertrag gegen Amerika gehören ins Reich der Phantasie.

Abg. Graf Hessl zu Bernsheim befreit, daß er in einem Jochtrag aufzukommen.
Abg. Dr. Barth befreit gegenüber dem Grafen Polakowski die Interessen Amerika durch sein Vorgehen in der Schlußausrede vertreten zu haben.
Staatssekretär Graf Polakowski: Ich will Herrn Barth auch durchaus seinen Beifall machen, es handelt sich aber darum, daß auch Amerika einseitig, daß wir nicht haben. Im Landwirtschaftsministerium dürfte ich als daß nicht in die Politik eingreifen.
Abg. Dr. Voelke polemisiert gegen den Abg. Barth. Gegen Amerika wären wohl Repressalien am Platze gewesen.
Abg. Richter erwidert dem Grafen Polakowski, daß der Direktor des Reichsgeldmünzbeamten im Landwirtschaftsministerium das Wort ergriffen habe.
Abg. Graf Kanitz meint gegenüber Herrn Richter:

gegen die maßlosen Kränkungen des Grafen Polakowski im Landwirtschaftsministerium sei nichts zu sagen.
Nach einer weiteren Polemik zwischen den Abg. Dr. Barth und Dr. Voelke wird die Diskussion geschlossen. Der Titel „Beihilfe in Washington“ wird bemittelt, ebenso beurlaubt der Rest des Kapitels „Gesamtschulden an Konsulate“.

Beim Kapitel „Allgemeines Joch“, Titel 4, Unterfertigung von deutschen Schulen in Rußland, bemittelt Abg. Dr. Voelke (Natl.), daß sich die deutschen Konsuln auf die deutschen Schulen mehr kümmern und der Unterfertigungsbetrag erhöht werde.
Der Titel und der Rest des Kapitels wird bemittelt. Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonntag den 14. Februar.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage. Vor ziemlich leeren Bänken wurde am Sonnabend der Etat der Kolonialverwaltung und der Schutzgebiete beraten. Es ging dabei sehr ruhig zu. Von Aufregung war nichts zu spüren. Ein neuer Fall Wehlan, Heist oder Peters ist glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Die Debatten und die in Folge der Reichstagsdebatten erfolgten Gerichtsurteile haben heilsam gewirkt. Die Regierung ist vorzüglich in der Auswahl ihrer Beamten geübt. So konnten diesmal Neben unterbleiben, wie sie noch im vorigen Jahre notwendig waren. Was die Zustände in den Kolonien anlangt, so haben sie sich im Uebrigen nicht geändert, die Kolonien sind noch immer nicht ertragsreicher geworden, kosten auf der andern Seite immer mehr und mehr Geld. Unter den oppositionellen Abgeordneten hat aber ein gewisser Etiohismus Platz gegriffen, sie wissen, daß sie gegen die mit dem Zentrum verbündeten konservativen und nationalliberalen Kolonialpolitiker nichts ausrichten können und wahren nur für in etwas elegischer Stimmung ihren ablehnenden Standpunkt. Die Hauptdebatte drehte sich um zwei Bahnbauten, um die Ullmarbahn in Ostafrika und eine Bahn in Südwestafrika, die beide die Kolonien entwicklungs-fähiger machen sollen. Wer die Kolonien überhaupt nicht für entwicklungsfähig hält, muß sich natürlich auch den Bahnbauten gegenüber ablehnend verhalten. Diesen Standpunkt vertraten Genosse Vebel und Abg. Richter. Für die Entwicklung legte sich der Landeshauptmann von Südwestafrika, Major Leutwein, ein baderischer Schwabe mit geringer Redegabe, aber guten Manieren, lebhaft ins Zeug. Die Regierung bekam aus dem Hause von den Abg. Hammer und Graf Stolberg, sowie dem Abg. Dr. Lieber Succurs. Es wurde Alles bemittelt, was die Regierung gefordert hat. Heute kommt das Gesetz auf Abänderung der Kontur-

ordnung und der Etat der Jolle und Verbrauchssteuer zur Verhandlung.

Der Bundesrat vermis in seiner Sitzung am Donnerstag die Vorlage, betreffend die Einführung von Kindern aus Dänemark und Schweden, Norwegen, sowie den Geschenksteuer für Eheschließungen wegen Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer vom 23. Dezember 1873, den zugehörigen Ausschüssen. Außerdem wurde noch der Vorlage, betr. die zollfreie Abführung von Manillapapieren bei der Verwendung zum Schiffbau, und dem Ausfuhrantrag, betr. den Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungsstellen-Etat für das Königreich Preußen, die Zustimmung erteilt.

Wird der Reichstag aufgelöst? Aus Berlin wird der „Frank. Tagespost“ vom 10. d. M. geschrieben: Im Reichstag wurde heute die Nachfrist vollzogen, daß am maßgebender Stelle die Absicht besteht, den Reichstag aufzulösen, falls nicht die ganze Rottenvorlage glatt ohne Einschränkung angenommen würde. Nun, uns kann die Entscheidung gleichgültig sein; die Sozialdemokratie ist zum Kampf gerüstet und wird freich und fröhlich die Wahl-schlacht jetzt oder später aufnehmen.

Die politische Reichstagsstrafaktion hat, wie die „Germania“ mittheilt, einstimmig beschlossen, die Marinevorlage abzulehnen, und dementsprechend ihrem Vertreter in der Budgetkommission, dem Abg. Dr. v. Jachymowski, Weisungen erteilt.

Zur Lex Aranz knirscht der ultramontane „West. Merkur“ die Stellung des Zentrums dahin, es werde dafür eintreten, daß die oberste Disziplinarrinstanz nicht das Staatsministerium, sondern eine richterliche Behörde sei und das Disziplinarioverfahren nur in den äußersten Fällen Platz greife. Die Partei werde dafür stimmen, daß gegen sozialdemokratische Mitatoren vorgegangen werde, dagegen sei es zu verwirren, daß die sozialdemokratische Öffnung verfolgt werde. Darüber bemerkt das Blatt: „Wenn schon die nichtparteiliche Bekundung sozialdemokratischer Grundzüge verfolgt und bestrahlt werden soll, dann kommen wir in eine schlimme Gesinnungsschnäffel und in eine faulische Jenuer über die Wissenschaft selbst hinein. Die vorgegriffene Freiheit der Wissenschaft kann dabei nicht bestehen, um so weniger, als jetzt die Meinung dahin geht, auch „sozialistische“ Lehren, die auf eine entschiedene Reform zu Gunsten der Schwachen hinausgehen, als ebenso staatsgefährlich und gesellschaftsfeindlich zu brandmarken, wie die sozialdemokratischen Theorien. Wenn das freich geschlossene Disziplinarioverfahren nach dem Geiste Stumm's geschwungen wird, so bleibt ja

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard.
Kategorische Uebersetzung von Marie Kunert.
(Kochbuch verboten.)

Germaine war so grauam, Blinde auszusprechen, deren Erfüllung nach Tage der Verhältnisse unmöglich war. So sprach sie von Hällen, Toiletten und Meinen, und rief: „Wie schön muß es doch am Meere sein!“ Sie lagte darüber, daß sie in den engen Zimmern ihrer Wohnung rein erstickt müße, oder sie sagte auch ironisch: „Gerate Abend ist eine Galavorstellung in der Oper. Man giebt Panflet. Warum werden wir nicht hingehen?“ Dann trällerte sie die Romane der Ophelia:
Glücklich die Maid
Im Arm des Geliebten!
Mein Herz bebt vor Reid,
Erleid ich ihr Glück...

Die arme Frau Saenava hat sie zu schweigen und an gewisse Dinge nicht zu denken.
„Richtig“, antwortete Germaine, „ich verstehe immer, daß ich ein Mädchen ohne Wittig bin. Verirrt, Vergnügungen, Gesundheit, darf dies Alles überhaupt für mich vorhanden sein?“ Und sie brach in bitteres, beryerrenendes Lachen aus. So trieb sie es weiter, bis die Mutter mit ihren Kräften zu Ende war und schließlich in Thränen ausbrach. Da warf Germaine sich in ihre Arme, daß sie um Verzeihung, bedeckte sie mit Küffen, weinte mit ihr, und verdorrtes Schließen erscholl, aus dem man nur die gedroene Stimme der Frau

Saenava vernahm, die immer wiederholte:

„Mein armes Kind! Mein armes Kind!“

Nur gegen Johanna und Magdalena war die Krante unveränderlich sanft geblieben, vielleicht, weil sie mit ihnen weniger häufig zusammen kam, vielleicht auch, weil sie sich durch sie mit der Außenwelt verbunden fühlte. Johanna impotente ihr durch ihren Verstand und durch ihr findliches Geplauder, und der beruhigende Einfluß der sorglosen, kindlichen Fröhlichkeit zeigte sich auch hier dadurch, daß Germaine sich, wenn sie dem Gewissiger der Kleinen zugehörte hatte, wahrhaft erfrischt und beruhigt fühlte. Sie, die um schlafen zu können, nur zu oft gezwungen war, zu den gefährlichen Morphium-Einspritzungen ihre Zuflucht zu nehmen, fand danach einen ruhigen und stärkenden Schlaf.

Aber diese fröhlichen Stunden der Ruhe gingen vom Dauch eines Windes ab. Eines Morgens, als Germaine, die als in Daufe war, seitwärts im „Journal des Debats“ blätterte, fiel ihr Blick auf eine Notiz, aus der sich ein ihr nur zu wohl bekannter Name erhob. Es hieß darin, daß Herr Henri Dujaule, der Sohn des berühmten und geachteten Mitgliedes der Akademie für politische und Moralfissenschaften, sich mit der Tochter eines reichen Händlers vermählt habe. Das Blatt enthielt ihren Namen, sie fand in ihren Sinn zurück und verlor das Bewußtsein.

Als Morine nach Hause kam, fand sie Germaine mit verzerrten Lippen und schidenblauen Antlitz wie todt, so daß sie in Weinen aus-

brach. Doch kam Germaine bald wieder zu sich; allein sie blieb danach so kindlich und bleich, daß Frau Saenava ihren Sohn rufen zu müssen glaubte.

Es war eine große Freude für das arme Mädchen, ihren Vater wiederzusehen. Aber sie las auf seinem Antlitz etwas von dem schmerzlichen Eindruck, den dies Wiedersehen auf ihn machte und den zu verbergen er sich vergebens bemühte.

„Du findest mich verändert, nicht wahr?“ sagte sie.

„Verändert? welche Idee!“ entgegnete Andree lebhaft. „Ein wenig blaß nur, was Dir übrigens gut steht. Ich möchte darauf schwören, daß es die reine Kollerette von Dir ist. Das kleine Fräulein spielt die bleiche Rolle. Das ist ein Glück, so gut wie irgend ein anderer. Ich für meinen Theil, ich liebe die rothen Rosen mehr. Wenn ich erst wieder hier bin, werde ich dafür sorgen, daß Du tüchtig pastieren gehen mußt!“ Du mußt durchaus Deine schöne gesunde Farbe wieder bekommen.“

Dann begann er von seinem Leben während der letzten Monate zu erzählen. Er sprach und sprach häufig, ohne zu stocken und ohne zu überlegen, wie man spricht, um sich zu betäuben, um nicht denken zu müssen. Zwei oder drei Mal lachte die Krante hell auf. Aber als Andree das Zimmer verlassen hatte und sich allein in dem einzigen Bestand, ließ er sich wie zergerührt in einen Sessel fallen.

Die Thränen, die ihn bis dahin fast erstickt hatten, rannen über sein Gesicht und flossen

unausgesetzt, lange, heiß und still, um so heftiger, wenn er an seine Mutter dachte, die so traurig und bedrückt ausah, daß er nicht wußte, welche der beiden Frauen er am meisten beneiden sollte.

In seiner Traurigkeit kam ihm der natürliche Gedanke, seine Freunde Deschamps zu besuchen. Die Entfernung war ja nur gering. Aber weshalb legte er den Weg so eilig zurück? Warum kloppte sein Herz so stark, als er an der Thür die Klingel zog? Es wurde geöffnet.
„Ach, Herr Andree“, sagte eine freudig überraschte Stimme, die Stimme Johannas, die er erträute, als ob ihr ein Geheimniß entschlüpft wäre, indem sie den unerwarteten Besucher zum ersten Male bei seinem Vornamen nannte. Nichts ist anstößender wie Verlegenheit. Andree ließ hatte einen Moment der Schüchternheit, die seine Stimme zittern ließ, als er die iltlichen banalen Worte sprach, die einem nach einer langen Trennung so gezwungen vorkommen, die aber doch so verkehrt an Werth sind je nach dem Ton, der sie beibringt, nach dem Willen, die sie begleiten.

Herr Deschamps war nicht zu Hause, auch Magdalena nicht. Sie mußten aber bald wieder kommen, Andree konnte nichts Anderes thun, als auf sie zu warten. Er trat ein. Seit dem Tage, an dem er gekommen war, um sich für Johannas Eintreten für ihn zu bedanken, war er nie mehr mit ihr allein gewesen. Wie hatte sich seit jenem Besuch Alles verändert! Die beiden jungen Leute hatten sich, ohne es zu wollen, einander genähert. (Fortf. folgt.)

ein Kathedrosalst auf dem Lehrstuhl sitzen! Die Unterrichtsverwaltung ist sehr fein, aber sie wird in der Praxis nicht Stich halten. Ist erst einmal die Disziplinarfähigkeit gegenüber den Privatdozenten geschaffen, dann wird jeder Sozialdemokrat gemarginalisiert werden und wohl auch nach andere Leute, die sich heute nicht trauen lassen; dann wird man die Befragung sozialdemokratischer Grundzüge zu einer „agitativen“ machen. Wou hätte man auch sonst den famosen dolus eventualis erlangen? Versteht ein Privatdozent seine sozialdemokratische Bestimmung nicht in den geheimsten Fächern seiner Brust, läßt er nur das Geringste davon verlauten, dann ist er geliefert. Dann werden die offiziellen Regierungen so argumentieren: Er hätte sich sagen müssen, daß die Verlautbarung seiner Ansichten eventuell den Erfolg hätte haben können, daß ein vielleicht zufälliger Hörer sie aufgreift, daß also eine agitative Wirkung eintreffe; sei diese möglich, so habe sie auch eventuell gemollt zu gelten. Punktum. Der Mann ist fertig! Seit der dolus eventualis umgibt, gibt es keine Unmöglichkeit mehr.

Wie die **Hülfsliche Sozialdemokratie** betrieben wird. Kürzlich wurde berichtet, daß im Kreis Hofstaden auf Kosten der Kreisfischeblätter aus dem Hülfslichen Verlage in den Dörfern verteilt werden. Jetzt heißt das „Hülfsliche“ f. Hellen und Walder, mit dem Schwäger Kreisrat jährlich für die Verbreitung der Hülfslichen Schriften 3000 Mk. bewilligt, und die „Hülfsliche“ berichtet, daß der Kreisrat von Korb der Dittmarischen in dem gleichen Jmed 1000 Mk. aussetzt. Diese Verwendung der Kreisgelder zur Förderung einzelner Parteinteressen ist natürlich gegen Recht und Gesetz; die Steuergerichte der Waife werden bemagt, um einen Teil derselben zu beschlagnahmen. Aber im Interesse der „guten Sache“ darf schon eine kleine Ungeheuerlichkeit mit unterlaufen.

Jam **fonservativen Parteitag** schreibt Herr von Gerlach in der Hülfsliche: „Es hat eine Zeit gegeben, da hatte die konservatieve Partei Gedanken. Das war, als Ende der sechziger Jahre der fluge Hermann Wagner sie beeinflusste. Es hat eine andere Zeit gegeben, da begann die konservatieve Partei vollständig zu werden. Das war um 1870 herum. Heute ist sie ausgeprochene Vertreterin des offentlichen Grundbesitzerstandpunktes dem der Gebante an einen Kampf mit geistlichen Vätern nur noch ein Vögelchen abnotig. Sie hält festere als andere Parteien Parteitage ab. Dafür dauern diese Parteitage um so kürzere Zeit. Man wäre vermuthlich in Verlegenheit wegen der Stellung etwaiger Aufgaben, wenn jährlich Parteitage stattfinden sollten“ meint die „Kreuzzeitung“. Gewiß, diesmal hat man nach fünfjähriger Pause 4 Stunden getagt, und man kann wohl sagen, daß in dieser 4 Stunden der gesamte Gebanteninhalt der heutigen konservativen Partei erschöpft worden ist. Also mozu öfters tagen? Jetzt hat die liebe Seele auf mindestens 5 Jahre Ruhe. Inzwischen bezagen die konservatieve Geisteskräfte Staatsanwalt und Polizei.“ — Herr v. Gerlach, der ehemalige Konservative tarzt seine früheren Freunde noch viel zu gut.

Die **Geistlichen in Preußen** sind mit ihren Gehältern, die das Dret., Bier, Zins- und oft Besondere des Einkommens der Arbeiter betragen, nicht zufrieden und verlangen deshalb Gehalts-erhöhung. Der Kultusminister hat dieser Tage im Abgeordnetenhaus erklärt, daß noch in dieser Session dem Hause eine entsprechende Vorlage zugehen werde. Wenn die Geistlichen durch eine Gehaltserhöhung wieder zufrieden gestellt sind, können sie getrost den armen Arbeitern und niederen Beamten Zufriedenheit, Befriedenheit, Einigkeit und „Liebet die Armut!“ predigen!

Das **Ende einer Haupt- und Staatsaktion**. Die wegen Beleidigung des Völkerns Oberpräsidenten gegen die Rebauteure, den Drucker und Befleger, sowie die Leiter der „Gazette Kolonizats“ und gegen den Verleger erhobene Anklage ist vom Staatsanwalt zurückgezogen worden.

Schweiz.

Veru, 11. Febr. Der Bundesrath stellte für das Minimum des von jeder der fünf Hauptbahnen zu beschaffenden Materials folgende Normen auf: Von dem Lokomotivpark dürfen nicht mehr als 75 Prozent im regelmäßigen Dienst eingesetzt sein, die übrigen 25 Prozent sollen zur freien Verfügung oder in Reparatur stehen. Im Minimum soll auf 9000 Personen-kilometer je ein Sitzplatz vorhanden sein. Von den Gepäckwagen sollen nicht mehr als 70 Proz. für die regelmäßigen Fahrten beantragt werden; auf 10000 zu leistende Kilometer soll je ein Güterwagen vorhanden sein. Die Bahnen erhalten zur Verwirklichung ihres Lokomotiv- und Wagenparkes Frist, die bis zum Ende des Jahres 1900 dauern sollen aber den Termin möglichst abkürzen und die nöthigen Bestellungen mit thunlichster Beschleunigung ausgeben. Neben der vorgeschriebenen Vermehrung ist für den rechtzeitigen Ertrag des ausgehenden rollenden Materials zu sorgen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Februar. Zu dem Vorgehen gegen das sozialdemokratische Reichstagsmitglied Doszonski schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“: „Genosse Doszonski war bis vor kurzem Zeit, wenn nicht in Wien, so in Krakau, wo ihn jedes Kind kennt, und wo seine Anwesenheit

sehr bemerkbar war, so daß ihn die Gerichtsdiener vielfach ohne Miße finden konnten, um ihm eine Vorladung zu stellen. Aber er konnte damals schon darum keine Vorladung erwarten, weil die Anklage überhaupt noch nicht rechtskräftig war und noch nicht ist. Der Vertreter des Angeklagten hat nämlich noch heute nicht den Befehl über die von ihm eingetragene Nichterföhrungsbeschwerte in Händen. Doszonski hatte also gar keinen Grund, sich eine Erholungsreise zu verlagern, die ihm von ärztlicher Seite dringend angerathen war. Nun wird plötzlich diese „öffentliche Vorladung“ erlassen, die allerdings vollständig gegenstandslos ist, und gegen die kein Vertreter die nöthigen Schritte einleiten wird. Das Landgericht Krakau, resp. die dortige Staatsanwaltschaft setzt sich eben über alle feindlichen Rücksichten auf die Strafprozedur hinweg und ist in blühender Eifer nur darauf bedacht, die Unterbrechung der Immunität auszunützen, die nach der unter Baden zur Geltung gekommenen Auffassung die Schließung des Reichstages mit sich bringt. Die Seren in Krakau können aber ganz ruhig sein, sie werden den Genossen Doszonski weit früher zu sehen und zu hören bekommen, als ihnen lieb ist, wenn er es auch vermuthlich nicht ganz eilig hat wie die Krakauer Staatsanwaltschaft, das Strafverfahren mit Hintanhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zu beschleunigen.“

Frankreich.

Paris, 12. Febr. In der Deputirtenkammer meldeten Ernest Roche, Bourgeois und Gachin eine Interpellation über den Jolaprojekt an. Der Kriegsminister Billot bemerkte, die Interpellation könne erst nach Beendigung des Projektes Jola erörtert werden. Der Minister vermahnte sich zugleich gegen die Intimation Beziehungen zu der Familie Dreyfus zu haben, und wiederholte, Dreyfus sei gerecht verurtheilt worden. Der Conseilpräsident Méline verlangte die Bezeugung bis nach dem Prozesse. Ernest Roche, welcher eine Entgegnung vorbrachte, wurde zur Ordnung gerufen. Die Beratung der Interpellation wurde bis nach dem Prozesse Jola mit 478 gegen 72 Stimmen beschloffen.

Italien.

Die **Ruß-Gefahr**. Gegenüber der gemöhnlichen Annahme, daß die bedürftigsten Tagelöhner der gelben Masse dem europäischen Arbeiter eine verderbliche und unüberwindliche Konkurrenz zu machen drohen, ist schon mehrfach vor Ueber-treibungen gewarnt worden. Es ist gewiß sehr schwierig, die Entwicklung dieser Frage vorauszu-sagen. Jedenfalls aber erscheinen die Mittheilungen einer Berliner Korrespondenz, die dem japanischen Blatte „Mainichi“ entnommen sind und die Konkurrenz der Russen anders auffassen als gemöhnlich geschieht, recht bemerkenswerth. Das Blatt „Mainichi“ brachte jüngst einen Artikel, welcher das Steigen der Arbeitslöhne in Japan seit 1895 behandelt. Laut sorgfältiger Erhebungen stiegen die Löhne in Japan seit 1895 durchschnittlich um volle 30 pCt. In einzelnen Gewerben war die Zunahme viel bedeutender, so besonders bei den Schneidern, in den Baumgewerken, u. s. w., und sie beschränkte sich nicht auf die gelehrten Arbeitskräfte, sondern traf auch die Russen, die Tagelöhner, welche eine Lohnzunahme von 25 pCt. in zwei Jahren zu verzeichnen haben. Dieses Steigen der Löhne erhält aber noch besonders Gewicht dadurch, daß es offenbar nur ein Theil einer stetigen Bewegung ist und nicht ein bloßes Aufblähen. Das ergibt sich aus der Thatfache, daß die Preise von 1895 fast aus-sagen „gestiegene“ Preise waren, indem sie um 39,2 pCt. höher standen, als die vom Jahre 1886. Die Löhne mußten so steigen und werden noch mehr steigen müssen, weil die Preise aller Verbrauchsgegenstände und besonders der Lebens-mittel zwischen 1896 und 1897 in noch höherem Maße stiegen. Die Preise für Rohlen stiegen in den letzten zehn Jahren um 195 pCt., Kupfer um 204 pCt., Kattun um 205 pCt., Bauholz um 262 pCt., Kattubusch (gefächert und getrodnet) 264 pCt., Ealz um 217 pCt., Eier um 222 pCt., Matten um 199 pCt., Weife (Nahrungsmittel, aus Bohlen hergestellt) um 181 pCt., Del um 201 pCt. u. s. w. Insbesondere der Reis, das Hauptnahrungsmittel der großen Masse des Volkes, ist ungeheuer im Werthe gestiegen. Im Jahre 1887 kostete ein „Koku“ (=5,13 Scheffel) Reis im Durchschnitt 4,71 Yen; im Jahre 1889 war er auf 5,50 Yen gestiegen, 1890 auf 8,15 Yen, 1895 auf 8,21 Yen, und jetzt (das heißt im Winter 1897) kostet der Koku Reis in Tokio nicht weniger als 20 Yen! Dazu wird mitgetheilt, daß in den westlichen Provinzen, in denen die Industrie hauptsächlich ihren Sitz haben, trotz dieser hohen Preise keine Noth unter den Arbeitern herrscht, weil sich eben ein starkes Verlangen nach Arbeitskräften geltend macht und die Leute sammt und sonders volle Arbeit finden; dagegen sollen in den ackerbautreibenden nördlichen und östlichen Theilen des Reiches infolge des hohen Reispreises schon bedenkliche Kavaale stattgefunden haben, und die Noth soll dort unter dem armen Volk sehr groß sein. Der rasche Eintritt Japans in die Reihe der Kultur- und Industrieländer hat allerdings eine schwere Zeit mit sich gebracht für die Massen, aber nicht für die weifen — für die abendländischen Arbeiter — sondern für die gelben Massen, von denen jener angeblich ver-nichtende Wettbewerb drohte.

Der Proceß Jola vor den Pariser Geschworenen.

Am Donnerstag vor der 4. Verhandlungstag und ist ein Ende des Proceßes noch nicht abzusehen. Es ist zweifellos, daß die Aussagen der Generale des Publikum gegen Jola und seine Vertheidiger beeinflusst haben. Ihre Aussagen wurden getrenn von den Jüditoren beurtheilt, während der Senator Trauxier, der von der Infschuld des Dreyfus überzeugt ist und für Eberhays sehr unglücklich ausfiel, mit Schlußworten unterbrochen wurde. Was ist das aber auch für ein Publikum, und was für eine Proceßführung? Die kirchlich-militärischen Beschworenen haben zahlreiche Agenten geworben, die, wie man sagt, vor Tag 7 francs erhalten, um gegen Jola Stimmung zu machen. Dann sind es vornehm- und plebejische Tagelöhne, Antifemiten, kurz, der ganze hohe und niedere Mob, der gegen Dreyfus und gegen Jola Stimmung macht und sich im Sitzungssaal, wie auf der Straße wie toll gebildet. Der Reichspräsident ist offensichtlich gegen Jola eingenommen und ein verbörter Chauvinist. Fortgesetzt kommt er den Militärs zu Hilfe, wenn der Vertheidiger Jola's sie scharf inauirirt und fährt mit seinem: „Diese Frage lasse ich nicht zu“, dazwischen. Die Frage, um die es sich hauptsächlich dreht: ob den Nichten des Dreyfus ein Aktendik, das dessen Schuld nachweisen soll, nur im Berathungs-simmer, nicht aber in der Verhandlung selbst vorgelegt werden ist, auch dem Angeklagten nicht unterbreitet ist, hat immer noch keine Lösung gefunden, obgleich der unbefangene Beobachter aus der Weigerung der Generale, es klipp und klar zu sagen, und ihren ausweichenden Antworten entnehmen muß, daß diese gefehlwidrige Handlung vorgekommen ist. Daran änderten auch nichts die Erklärungen Boisdeffre's und Mercier's, daß Dreyfus schuldig sei.

Jola konnte von der Mittwochsung nur unter den größten Vortheilsbedingungen seine Heim-fahrt bewerkstelligen. Vor dem Justizpalast demon-strirte eine schamlosunfähige, lebensschädlich er-zogene Menge. Als nach dreierstündigem Warten Jola und seine Vertheidiger aus einer Hintertür des Justizgebäudes traten, hatte sich die Menge noch nicht verlaufen. „Wieder mit Jola! Jola! Jola! mit ihm!“ So schrie die Menge. „Aus mit Jola!“ So schrie die Menge. Zur mit Nähe wollte der Polizei-fordern den Angriff auf Jola Wagen ab. Die Atmosphäre in Paris ist schweiß, man weiß noch nicht, was geschehen kann, wenn die Justiz-palast umtobende Menge nicht im Jaume gehalten wird. Zwar helfen die Arbeiter der Vor-fährte den Dreyfus des kirchlichen und antimilitärischen Böbels theilnahmslos gegenüber und lassen sich nicht in den schamigen Strudel reifen. Wie sollten sie auch? Die Bande, die „Wieder mit Jola und es lebe die Krone“ schreit, ist aus denselben Zeige, aus dem jene Bande war, welche mit Marschieren in den Blicken die Kom-munefämpfer haben erschlagen und martirt sehen, ja in der abscheulichsten Weise die wehrlosen Ge-fangenen beschimpft haben. Der Proceß Jola erschüttert die Grundfesten der Republik. Es die Arbeiter sie gegen das kirchlich-bonapartistisch-reactionäre Komplott sühnen können, ist fraglich. Das Drgan der französischen Sozialdemokratie, die „Petit Republic“, glaubt es zwar, doch muß man nicht vergessen, daß die Bourgeoisrepublikaner den Militarismus nicht bloß zum Schutz nach außen gepflegt und gehagt haben, sondern auch gegen den inneren Feind, als welchen sie auch, wie es anderwärts geschieht, die Sozialisten be-trachten. Die Gallier, Billot und Boisdeffre werden freilich nicht halbe Arbeit machen, sondern der Republik überhaupt den Hals umdrehen und an Stelle des parlamentarischen Bourgeois-regiments die Militärstruktur setzen, und was darnach kommt, lehrt die Geschichte. Die ein-fachsten Republikaner und die Sozialdemokraten, die dann und wann noch chauvinistische Schullen zeigen, werden sich nicht verhehlen können, daß der Militarismus, wie er in Frankreich sich aus-gelbietet hat, für eine Republik nicht paßt, am allerwenigsten für eine demokratische Republik. Er bildet für sie eine feste Gefahr. Eine ge-schlossene, einflussreiche sozialdemokratische Partei würde freilich im Stande sein, der Republik Wärdertienste leisten zu können und das licht-scheue Gefindel, das ihr an den Kragen will, in seine Höhlen zurückzudrängen; aber mo ist diese ge-schlossene, einflussreiche, proletarische Partei?

In der Donnerstagsung wurde die Ver-nehmung des Senators Trauxier fortgesetzt. Von Dreyfus zu sprechen, verbietet ihm aber der Ge-richtspräsident. Doch rechtfertig ist das Vor-geden des Senators Reiner, Schurer und des Mathieu Dreyfus, eines Bruders des verurtheilten Hauptmannes Dreyfus.

Eine Reihe von Zeugen, darunter Offiziere, welche das Kriegsgericht bildeten, das Dreyfus verurtheilte, sagen so gut wie nichts aus, weil der Vorsitzende die Fragen Laboris an sie, als auf den Proceß Dreyfus sich beziehend, nicht zuläßt. Der Arzt Dr. Douet, der gestern Madame Boulangere besuchte, sagt aus, die Dame habe be-fähigt, daß alle veröffentlichten Briefe von Eberhays herühren. Hierauf wird Oberst de Paty du Clam ver-nommen. Der Paty lehnt es ab, auf Fragen über die Angelegenheit Dreyfus zu antworten. — Vertheidiger Labori befragt ihn Johann um seine Beziehungen zur Familie Comminges. De Paty

verweigert abermals eine Antwort, indem er sagt: es handle sich um eine Privatangelegenheit. — Labori protestirt dagegen, nachdem man sich Staatsgeheimnisse verheimlicht habe.

Es folgt die Vernehmung des Obersten Henry, des nachfolgenden Biquart in nachrichtensbureau des Generalstabes. Seine Aussagen werden mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt. Labori befragt ihn, wie es sich damit verhalte, daß Oberst Biquart einen Schrant geschrieben habe, der ge-berne Aktendik enthielt. Oberst Henry giebt zu, daß Oberst Biquart sein Chef war, erklärt aber, daß Oberst Schrant nur in Gegenwart des Ministers oder von diesem selbst genehm werden durfte. Er bemerkt weiter, daß er direkt unter dem Befehlen des Generals Gonse gestanden habe. Labori nimmt von dieser letzten Erklärung Akt. General Gonse meldet sich zum Wort und wirft dem Obersten Biquart vor, seine an ihn gerichteten Briefe mißbraucht zu haben. Der General sagt hinzu, daß der Nachrichtenbient ein vollständig geteilter sein müsse. Nur der Chef des Generalstabes und der Kriegsminister allein dürfen um den Inhalt der Akten wissen. Oberst Henry erklärt noch, den Advokaten Leblos niemals in seinem Kabinett empfangen zu haben.

Leblos, der ausgerufen wird, behauptet das Gegenteil. Trotz aller Kreuzfragen bleiben beide, Oberst Henry und Leblos, bei ihren Erklärungen. Das Verhör wird dann unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme des Verhörs stellt zu-nächst die Vertheidigung den Antrag, es möge ein Richter beauftragt werden, Madame Boulangere einzunehmen.

Der General Bellier, der nunmehr ver-nommen wird, erklärt, daß er sich nicht hinter dem professionellen Geheimnis verbergen werde. Es ist jetzt — sagt er — die ganze Wahrheit zu sagen, damit sie die ganze Welt wisse. Der General erklärt nun, Mathieu Dreyfus sei ins sein Kabinett gekommen, habe ihm jedoch keinen Beweis seiner gegen Eberhays erhobenen An-schuldigungen erbringen können. Dasselbe war mit Scheurer-Kelner der Fall. Man ließ Oberst Biquart kommen. Leblos wurde hierauf in Kabinett berufen. Er legte mir sakumilire Briefe vor und erklärte, daß sich die Akten, durch die der Veracht Eberhays bewiesen werde, im Kriegs-ministerium befinden. Leblos fügte hinzu, daß er Biquard, der sein Freund sei, von Kindheit an kenne, und daß er gut informiert sei. „Aun, nichts ist einfacher“, sagt Bellier, „als eine Spionage-Akte, und Biquard hat nicht gezögert, sie einem Freunde mitzutheilen. Ich kann darüber nur meiner Entrüstung Ausdruck geben.“ (Anhalten der Be-fall.) Jolier giebt der Zeuge eine Darstellung der von ihm geäußerten zweiten gerichtlichen Unter-suchung. „Nichts“, sagt er, war weniger beweis-kräftig, als die von den Blättern bezüglich Eberhays veröffentlichten Faktizitäten, die durchwegs den Stempel des Betrages an sich tragen.“ Der Zeuge erwähnt die an Eberhays gegebene Karte, die ihn in den Verdacht bringen konnte, zweifel-hafte Beziehungen mit einem fremden Agenten zu unterhalten. Ich habe dieser zweifelhafte Karte keinen Anspruch auf Vertrauenswürdigkeit be-legen können. Biquard, führ der Zeuge fort, war bemiffigt, zu gehen, daß er ohne Auftrag und ohne Ermächtigung seiner Vorgesetzten, die Wohnung Eberhays durchsuchen ließ. Es sind dies unsagbare Mandoer, und ich gestehe, daß ich, als das Kriegsgericht Eberhays freisprach, darüber nicht erlaunt war. Ich füge hinzu, daß ich hoch bin, zum Freispruch Eberhays bei-getragen zu haben, und ich bezeuge, daß es in der französischen Armee nicht zwei Veräthler, sondern nur einen geben hat. (Leblos Be-fall.)

Der ehemalige Justizminister Thevenet erklärt als Zeuge, er sei abfolut davon überzeugt, daß Jola in dieser Angelegenheit in gutem Glauben handelte. Was ihm zu denken gab, sei, daß nach der verklärten Dame nicht gerichtet wurde. Uebrigens hätten auch verklärte Parlamentarier ihrer Remembrance darüber Ausdruck gegeben, daß im Interesse der nationalen Vertheidigung eine Unterfuchung nicht eingeleitet wurde. Man hätte wissen müssen, ob die verklärte Dame so leicht über geheime Schriftstücke, namentlich über jenes Dokument verfügen konnte, das, wie man sagt, die Schuld Eberhays bewies, und ob dieses Dokument aus dem Kriegsministerium entnommen wurde und später wieder in dessen Besitz gelangte. Angedacht dieses Mangels begriff Thevenet, daß das Gewissen Jolas beunruhigt wurde. „Es ist dies übrigens“, sagt der Zeuge, „nicht das einzige beunruhigende Gewissen. Ich bin glücklich über den Freispruch Eberhays, der bewies, daß in der französischen Armee kein Ver-äthler existirt; ich bezaure aber, daß in die ganz Europa beschuldigte Angelegenheit nicht volles Licht gebracht wurde.“ Thevenet spricht schließ-lich sein Erstaunen darüber aus, daß sich die als Zeugen zitierten Offiziere hinter das Amtsgeheim-nis verstanen, um nicht zu sagen, ob ein ge-heimes Schriftstück dem Kriegsgericht mitgetheilt worden sei. Thevenet bebauert weiter, daß die Regierung nicht früher gesprochen habe, um die Ruhe im Lande wieder herzustellen. (Aufe: Das ist gefcheher!) Im Saale entsteht ein großer Tumult. Der Zeuge wird sofort entlassen.

Als nächster Zeuge wird der Advokat Salles vernommen. Der Präsident erklärt, er werde ihn daran verhindern, über die Waife Dreyfus zu sprechen. Es entsteht eine lebhafte Kontroverse zwischen dem Präsidenten und dem Vertheidiger

Waarenhaus
B. S. Bührmann.

Vorteilhaftes Angebot!
Bettfedern

Std. 25, 40, 60, 85, 100, 125, 150, 175 Pfg.

Salbdannen u. Daunen

Std. 2.00, 2.20, 2.75, 3.50, 4.50, 6.00 Mf.

Grosse fert. Betten

Unterbett Oberbett und Kopfkissen
aus garantirt federdichtem Inlett gefertigt, mit
gut gereinigten Federn gefüllt.

Mf. 11.50, 17.50, 20.00, 28.50, 36.00, 50.00
bis 110.00.

Klassenpolitik und Sozialreform
Zwei Etats-Reden v. Reichst.-Abg. Bebel.

Preis 15 Pfg.

Buchhandlung des Norddeutschen Volksblattes.

! Hermann!
Johannsen

Ecke Bismard- und Neue Straße.

Neu eingetroffen !!
!! Schwarze und farbige !!
!! Kleiderstoffe !!

für die
!!! Konfirmation !!!

in wirklich
staunenswerther Auswahl!
!!! Bekannt billige Preise !!!
!! Streng reelle Bedienung !!

Der wahre Jacob Nr. 301

ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung.
Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Naturheilverein Bant-Wilhelmsh.

Donnerstag den 17. Februar 1898
Abends 8 1/2 Uhr

Oeffentlicher Vortrag
des Naturarztes Herrn Otto Wagner
Direktor der Bilz'schen Naturheilstalt in
Dresden-Radebeul

über Gicht und Rheumatismus
im weißen Saale der Burg Sobenzollern
(Eingang: Bahnhofstrasse).

Entree à Person 30 Pfg. — Rauchen ist nicht gestattet.

Freunde sowie Gegner der sich immer mehr bahnbrechenden
überaus erfolgreichen arzneilosen Heilweise sind hierdurch
freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Osternburg.

Meiner geehrten Kundschaft von Osternburg und Umgegend
hiermit zur Nachricht, daß meine
Hauptniederlage der Mohr'schen Fabrikate
unverändert Schulstraße 5
bleibt, und nicht — wie ein falsches Gerücht verbreitet ist —
mein Wegzug bevorsteht.

G. Dietze.

H. F. Ludewigs Seifenpulver

Schutzmarke: „Vollschiff“

ist das anerkannt beste und daher im Gebrauch das billigste und be-
quemste Wasch- und Reinigungsmittel.

Räuflich ist **H. F. Ludewigs Seifenpulver** in den meisten
Kolonialwaaren- und Drogeriehandlungen à 1/2 Pfund-Paket 15 Pf.
Man achte beim Ankauf aber stets auf die Schutzmarke „Vollschiff“.

3500—4000 Mf.

suche per sofort oder zum 1. Mai d. J.
auf sichere Hypothek zu 4 1/2 — 5 Prozent
Zinsen anzuleihen.

Zur Sicherung kann Bürge gestellt
werden.

Offerten werden unter „Nr. 20“
an die Expedition d. Bl. erbeten.

Zu vermieten

zum 1. Mai et. eine vierräumige Ober-
wohnung. Grenzstraße 43.

Zu vermieten

zum 1. März eine dreiräumige Unter-
wohnung mit Stall und Bodenstammer.
Adolfstraße 31.

Gesucht

zum 25. ds. Mts. oder 1. März ein
Mädchen für den Vormittag.
B. Grashorn, Eisenhandlg.,
Bant, Neue Wilhelmshav. Straße.

Suchen ersuchen:

Akademiker
und
Sozialismus

Von August Bebel.
16 Seiten gr. 8.
Agitations-Ausgabe 20 Pf.

Das hochwichtige Thema, welches
dieser Broschüre zu Grunde liegt, hat
eine äußerst fesselnde und gründliche
Behandlung erfahren, so daß die An-
schaffung derselben jedem Parteigenossen
zu empfehlen ist.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung des „Nordd. Volksbl.“

Schwarze Stoffe

— große Auswahl —
Meter von 50 Pf. bis 4 Mf., empfiehlt
H. Hespen, Neuende.

Starke dauerhafte Sohlen

in den verschiedensten Größen und
Stärken aus allerbestem Leder erhält
man sehr billig in der

Lederhandl. v. Hoinr. Stegemann,
Marktstraße 29,
Fr. Kobel,
Bismardstraße 61 (früher Jifen), und
Decker, Kopperhörn.

Adress- u. Handbuch

der Stadt Wilhelmshaven
und der Gemeinden Bant,
Heppens u. Neuende.
Preis 2 Mf.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Nordd. Volksbl.
Neue Wilhelmshavenerstr. 38.

Betten

Spezialität, nur gute Sachen, in allen
Preislagen empfiehlt
H. Hespen, Neuende.

Arbeiter - Turn-Verein
Phönix.

Mittwoch den 16. Februar
Abends 8 1/2 Uhr:

Turnen d. Damen-Abtheilung

Damen, welche sich dieser Abtheilung
noch anschließen wollen, sind freundlichst
eingeladen. Der Vorstand.

Sprechstunde.

Ich halte jeden Sonntag Vor-
mittag von 9 1/2 bis 12 1/2 Uhr im
Hotel Bantler Hof in Bant Sprech-
stunden ab.

Rechtsanwalt Carstens,
Oldenburg.

Gesetz

betr. die Abänderung d. Gewerbeordnung
Neues Handwerkergesetz

Zeit-Ausgabe mit ausführlichem Sach-
register.
Preis 75 Pfg., empfiehlt die
Buchhandl. des Nordd. Volksbl.

Konfirmanden Anzüge
in Massenauswahl
empfiehlt
G. Kaiser, Schneidermstr.,
Neue Wilhelmsh. Str. 48.

Bemerk., daß ich sämtliche
Garberobe mit ganz geringen Nutzen
abgebe.

Haus - Ordnungen
Mieth-Verträge
Mieth - Quittungsbücher

stets vorrätzig in der
Exped. des Nordd. Volksbl.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag den 13. Februar,
Nachmittags 4 1/2 Uhr, starb nach
langem schwerem Leiden meine liebe
Frau und meiner Kinder treu-
sorgende Mutter

Triendchen Dunker
geb. Hansen

im Alter von 48 Jahren, 10 Mo-
naten, 13 Tagen, was mir betrübten
Dreiges allem Verwandten und Be-
kanten zur Anzeige bringen.

f. Dunker
nebst Kindern und Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Witt-
woch den 16. d. M., Nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Ober-
bürger Straße 17, aus statt.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend starb nach kurzer
heftiger Krankheit mein innigst ge-
liebter Mann, unser lieber Sohn
und Bruder

Wilhelm Gerhard Hinrichs

im 28. Lebensjahre, welches, um
süßes Heileid bittend, tief betrübt
zur Anzeige bringen.

Neuende, 14. Februar 1898.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donners-
tag den 17. d. M., Nachmittags
3 Uhr, vom Beirkrankenhanse
aus statt.

werden, wie in den vergangenen Jahren,
1898 Wulf & Francksen's fertige Betten
durch ihre Güte und Preiswürdigkeit stets die **Besten** sein.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Moritze in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.